

Produktionshebung statt Zwangssystem

Ein Aufruf des Bundes der Landwirte.

Der engere Vorstand des Bundes der Landwirte erläßt zu Beginn der neuen Ernte eine Erklärung gegen das bisher von der Regierung geübte Zwangssystem, das — den Wünschen der Sozialdemokratie und des Freisinn entsprechend — uns in den Zustand des sozialdemokratischen Wirtschaftszwangsstaats hineingebracht habe. Da der „Freisinn“ kaum sein Ideal in dem sozialdemokratischen Zwangsstaat erblickt, so wäre diese parteipolitische Zuspitzung einer sachlichen Frage besser unterblieben, zumal sie geeignet ist, die vorurteilslose Erörterung zu erschweren. Die Erklärung wendet sich weiter gegen das bürokratisch überspannte Verfahren in allen Ernährungsfragen, das mit einem Zusammenbruch enden müsse. Nach Erwähnung des Antrags Rückseite wird behauptet, der Versuch, wenigstens diejenigen Teile des Brotgetreides der Landwirtschaft als Hintertorn zu belassen, die zur menschlichen Ernährung nicht geeignet sind, sei gescheitert. Unseres Wissens ist die Belassung des Hintertorns von Vertretern fast aller Parteien beantragt worden, und es ist nicht bekannt geworden, daß das Reichswirtschaftsamt sich gegenüber dieser Forderung ablehnend verhielt. Auf diese agitatorische Einleitung, die mit dem Satz schließt, der Landwirt sinne „zum Kostgänger des Reiches“ herab, folgt eine Reihe von Forderungen, für die wir — trotz allem — eine von Vorurteilen freie, sachliche und vorausblickende Prüfung dringend empfehlen möchten. Es heißt da:

1. Bessere Abhilfe gegenüber dem Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft, namentlich zur Zeit der Ernte und der Bestellung durch stärkere Beurlaubungen von selbständigen Landwirten und landwirtschaftlichen Arbeitern, durch Zuweisung von Gefangenen oder Soldaten.
2. Bereitstellung größerer Mengen Düngemittel, um den Bedarf der Landwirtschaft in genügender Weise zu decken. Rechtzeitige Versorgung mit Kohlen und Petroleum.
3. Freigabe des Hintertorns.
4. Bei Viehbeschlagnahme Rücksicht auf Milch-, Zucht- und Spannvieh. Entsprechende Erhöhung der Schlachtviehpreise.
5. Schnellere Bezahlung bei allen Leistungen und Lieferungen.
6. Rücksicht auf örtliche Verhältnisse bei der Zwangserfassung der Milch und zutreffende Preisbemessung.
7. Weniger schablonenhafte Behandlung der Getreide- und Stroherfassung (rechtzeitige und ausreichende Bestellung der Eisenbahnwagen, Schutz vor Verderben der abgelieferten Mengen, Vermeidung von Nachforderungen).
8. Freigabe leichtverderblicher Nahrungsmittel (Eier, Obst, Gemüse) für den freien Handel, der allein das Verderben großer Mengen verhindern kann.
9. Wegfall der ehrenrührigen Hausfuchungen, die es dahin bringen, daß dem Landwirt alle Winkel und Ecken seines Besitzes durchsucht werden ohne Gewährung des Schutzes, den die übrige Bevölkerung sonst für sich genießt. Die Anfrage Dr. Reichels im Reichstag zusammen mit den Herren: Dr. Böhm, Herold, Dr. v. Herdebrand, Fehr, v. Kerdorff zur Borg, Dr. Mayinger, Dr. Niefer, D. Dr. Graf v. Schwerin, Dr. Stresemann, Graf v. Westarp, Weillböck, also Mitglieder verschiedenster Parteien im Reichstage, zeigt die weitverbreitete Beurteilung derartiger Durchsuchungen.

Die Erklärung schließt mit folgenden Sätzen:

„Es widerspricht jedem gesunden Menschenverstand, wenn der Kriegerfrau auf dem Lande durch Einziehung aller Arbeitskräfte zum Heere die Wirtschaftsführung unendlich erschwert wird, dann aber noch Soldaten zu solchen Polizeidiensten frei sind. Warum werden solche Hausfuchungen nicht in den Städten bei den Kriegswuchern, Kriegesgesellschaften und allen des Hamstern verdächtigen Personen vorgenommen? Der Bauer hat jetzt das erbitternde Gefühl, daß er allein im Reich unter dem Druck von Ausnahmegesetzen steht, die für alle anderen aufgehoben sind. Während auf Betreiben der Sozialdemokraten die Industriearbeiter dauernd Freiheiten und Vergünstigungen erhalten, werden die Landwirte, die alle Kraft aufwenden müssen, um sich zu behaupten und die Ernährung für Heer und Volk zu beschaffen, so gut wie entrechtet. So wie jetzt kann es nicht weitergehen, wenn nicht unermesslicher Schaden angerichtet und unser Durchhalten trotz aller Siege in Frage gestellt werden soll.“

Wir haben bereits im gestrigen Morgenblatt betont, daß eine Politik der Produktionshebung auch von weiten Kreisen der Konsumenten als berechtigt und dringend notwendig erkannt wird. Nur müssen sich die Vertreter der Landwirtschaft darüber klar sein, daß die Einsprüche und Bedenken, die gegen einen Umbau der Ernährungswirtschaft sprechen, nur dann überwindbar sind, wenn sie nicht übersetzt in den Fehler agitatorischer Behandlung dieser lebenswichtigen Fragen versallen, den sie den Vertretern unserer Konsumenteninteressen zum Vorwurf machen. Mehr als je gilt es heute, Brücken des Verständens zwischen Stadt und Land zu schlagen.

Politische Tagesnachrichten.

Justizminister Dr. Spahn, der frühere Führer der Reichstagsfraktion desentrums, ist zum Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit unter gleichzeitiger Ernennung zum Kronsyndikus berufen worden. Die Kronsyndiki bilden ein besonderes Kollegium unter dem aus königlichem Vertrauen berufenen Herrenhausmitgliedern, das zur Begutachtung wichtiger Rechtsfragen und zur Erledigung rechtlicher Angelegenheiten des Hauses vom König herangezogen wird. Gegenwärtig bekleiden 10 Herrenhausmitglieder dieses Amt.

Die Trauerfeier für den türkischen Botschafter Hakkı Pascha findet am Freitag, dem 2. August, 4½ Uhr, im Botschaftspalast, Rauchstraße 20, statt. Von dort wird die sterbliche Hülle des Verstorbenen nach dem Anhalter Bahnhof überführt werden.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden der Reichstagsfraktion soll Geh. Oberregierungsrat Einert demnächst ernannt werden.

Die Ausführungsbestimmungen zum Reichstempelgesetz werden halbamtlich im Auszug verbreitet. Wir geben die Einzelheiten im Handelsteil wieder.

Divisionsgeneral **Somai Hakkı Pascha** ist, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium ernannt worden.

Das **Eichenlaub zum Orden Pour le mérite** erhielt Gen. d. Inf. **Blücher** und Gen. Lt. **v. D. Dallmer**. Den Orden pour le mérite erhielten Gen. Lt. **v. Borries**, die Gen. Majore **Frhr. v. Diepenbrock-Grüter** und **v. Hagthausen**, den Hauptleuten **Loenke** und **v. Freyhold**.

Rechtsanwalt Brüstlein beabsichtigt, wie die „Suisse“ aus Bern erfährt, nach Frankreich überzusiedeln, um dort seine Praxis weiterzuführen. Brüstlein ist vor einigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden.

Feindliche Fliegerangriffe auf Douai. Erneute feindliche Bombenabwürfe auf Douai fügten wiederum der französischen Bevölkerung schwere Verluste zu.